

Niederschrift öffentlicher Sitzungsteil

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Gemeinde Südharz

Sitzungstermin:	Dienstag, 25.05.2021
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	21:50 Uhr
Ort, Raum:	Ortsteil Ufrungen, Heerstall 2 a, 06536 Südharz

Anwesend sind:

Frau Yvonne Wernecke

Herr Andreas Schmidt

Herr Ralf Rettig

Herr Stefan Gaßmann

Herr Peter Kohl

Herr Jens Lange

Herr René Volknandt

Vorsitzender des Gemeinderates
Bürgermeister

ab 18.08 Uhr

Gäste:

Herr Lars Wiechert (Amtsleiter der Finanzverwaltung), Frau Anja Wöbken

(Amtsleiterin Hauptamt), Herr Ralf Mosebach (Gemeinderat),

Herr Norbert Volknandt (OBM Questenberg/Agnesdorf) Frau Koch (Presse)

agesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Bestätigung der Sitzungsniederschrift vom 06.04.2021 (öffentlicher Sitzungsteil)
- 5 Protokollkontrolle der Sitzungsniederschrift vom 06.04.2021 (öffentlicher Sitzungsteil)
- 6 Informationen zur Haushaltsplanung 2021
- 7 Beschlussfassung über den Jahresabschluss zum 31.12.2016 des Kommunalen Eigenbetriebes Südharz
Vorlage: 21-332/2021
- 8 Beschlussfassung über die Behandlung des Jahresfehlbetrages zum 31.12.2016 und des kumulativen Verlustes des Kommunalen Eigenbetriebes Südharz
Vorlage: 21-333/2021

- 9 Beschlussfassung über die Entlastung der Betriebsleitung des Kommunalen Eigenbetriebes Südharz für das Haushaltsjahr 2016
Vorlage: 21-334/2021
- 10 Beschlussfassung der 1. Änderung des Betrauungsaktes für die Standortmarketing Mansfeld-Südharz GmbH
- 11 Informationen
- 12 Anfragen und Anregungen

Nichtöffentlicher Teil

- 13 Bestätigung der Sitzungsniederschrift vom 06.04.2021 (nicht öffentlicher Sitzungsteil)
- 14 Protokollkontrolle der Sitzungsniederschrift vom 06.04.2021 (nicht öffentlicher Sitzungsteil)
- 15 Beschlussfassung Rechtsmittel Kindertageseinrichtung an 2 Standorten
Vorlage: 21-349/2021
- 16 Informationen Personal
- 17 Beratung zum B-Plan - Grundstückspreise
- 18 Anfragen und Anregungen

Protokoll:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**
Die Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses, Frau Wernecke, eröffnet um 18.00 Uhr die Sitzung. Sie begrüßt alle Anwesenden, stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Rettig hat Frau Wernecke gebeten, zu Beginn der Sitzung, eine Information zur Schmutzwassergebührenkalkulation zu geben.

Frau Wernecke erteilt Herrn Rettig das Rederecht.

Laut Herrn Rettig hat es regen Schriftverkehr zwischen allen Beteiligten gegeben und er möchte den Sachverhalt mit der Kommunalaufsicht und der Firma Allevo bereden.

Die folgenden TOP stehen auf der morgigen Sitzung des Gemeinderates:

- Beschlussfassung über die Schmutzwassergebührenkalkulation zur Einleitung in die zentrale öffentliche Abwasseranlage des OT Stadt Stolberg (Harz)
- Beschlussfassung über die Schmutzwassergebührenkalkulation zur Einleitung in die zentrale öffentliche Abwasseranlage des OT Rottleberode

Herr Rettig bittet darum, die o. g. Punkte von der TO der

Gemeinderatssitzung zu streichen. Offene Fragen seien noch zu klären. Laut Herrn Rettig wurde der o. g. TOP nochmals im Ortschaftsrat der Stadt Stolberg (Harz) beraten und wurde abgelehnt. Herr Rettig verweist darauf, dass lediglich eine Anhörung erfolgen muss.

Frau Wernecke fragt nach dem Zeithorizont. Laut Herrn Rettig solle dies so schnell wie möglich erfolgen, damit entsprechende Beschlüsse gefasst werden können.

2 **Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**

Frau Wernecke bittet um Streichung des TOP 10 und bittet dafür in diesem TOP um Aufnahme einer außerplanmäßigen Ausgabe sowie Aufnahme unter TOP 5a- Antwort vom Bürgermeister auf die gestellten Fragen des Gemeinderates.

Des Weiteren bittet Frau Wernecke um Aufnahme einer Tischvorlage unter **TOP 15a (HFA21-009/2021)**

- Beschlussfassung Einleitung Vergabeverfahren für den Erwerb der Führerscheinklasse C/CE für 3 Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr (HFA21-009/2021)

Es erfolgt die Abstimmung über die so geänderte Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses: 6

davon anwesend: 5

Ja-Stimmen:	Nein-Stimmen:	Enthaltungen:
5	0	0

3 **Einwohnerfragestunde**

Es liegen keine Anfragen vor.

4 **Bestätigung der Sitzungsniederschrift vom 06.04.2021 (öffentlicher Sitzungsteil)**

Es erfolgt die Bestätigung der Sitzungsniederschrift.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses: 6

davon anwesend: 5

Ja-Stimmen:	Nein-Stimmen:	Enthaltungen:
3	0	2

Herr Kohl erscheint um 18.08 Uhr zur Sitzung. Somit sind jetzt 6 Ausschussmitglieder anwesend.

5 Protokollkontrolle der Sitzungsniederschrift vom 06.04.2021 (öffentlicher Sitzungsteil)

Frau Wöbken informiert, dass am 17.05.2021 ein konstruktives Gespräch zur

Auseinandersetzung-/Übertragungsvereinbarung Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung für den Ortsteil Breitenstein stattgefunden hat. Sie bittet um Austausch der entsprechenden Unterlagen zu diesem TOP in Vorbereitung auf die morgige Gemeinderatssitzung. Die Versendung erfolgte vorab per Mail.

Herr Wiechert erläutert aufgrund der Frage von Herrn Franke in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses unter TOP 13- Verwendung der Mittel aus dem Schlosslauf- diese wurden in vollem Umfang für die Waldbühne eingesetzt, sogar mehr als Spendengelder zur Verfügung standen.

TOP 5a

Antwort vom Bürgermeister auf die gestellten Fragen des Gemeinderates

Herr Schmidt erläutert, dass der Bürgermeister gebeten wurde, auf die vom Gemeinderat gestellten Fragen zu den Friedhofsangelegenheiten zu antworten.

Herr Schmidt verliest die Antworten auf die gestellten Fragen des Gemeinderates. Das Schreiben vom Bürgermeister ist Herrn Schmidt am heutigen Tag zugegangen.

6 Informationen zur Haushaltsplanung 2021

Herr Wiechert verweist darauf, dass zur Klausurtagung am 14.04.2021 schon über den Haushaltsplan beraten wurde.

Herr Schmidt bittet um eine zusätzliche Einstellung in den Haushaltsplan in Höhe von 250 € für ein Diensthandy, damit der Bürgermeister im Notfall für

die Ortsbürgermeister und Ratsmitglieder erreichbar ist. Herr Schmidt verweist auf den Sachverhalt in Hainrode, wo erst nach einer aufwendigen Recherche die Eigentümer des Grundstückes ausfindig gemacht werden konnten. Der Hauptverwaltungsbeamte muss für Notfälle ständig erreichbar sein.

Laut Frau Wöbken ist eine Rufbereitschaft vorhanden, die durch die Mitarbeiter der Gemeinde ausgeführt wird. Die Alarmierung in Notfällen erfolgt durch die Leitstelle.

Auch Frau Wernecke verweist darauf, dass der Bürgermeister für Notfälle erreichbar sein muss.

Herr Rettig bittet um Verständnis, er sei viel unterwegs. Die Rufbereitschaft der Gemeinde sei für die Notfälle erreichbar und bisher hätte dies auch immer funktioniert.

Laut Herrn Kohl hätte man dies vor 10 Jahren noch akzeptiert, in der heutigen Zeit nicht mehr.

Nach einer Diskussion ist Herr Rettig mit einem „Notfallhandy“ einverstanden.

Auch Herr Lange empfindet die Einstellung als „nicht zeitgemäß“. In der heutigen Zeit gibt es Jobs, wo man solch eine Haltung nicht kommunizieren kann. Darunter falle auch das Amt des Bürgermeisters.

Herr Kohl fragt nach, wo im Investitionsplan das „Grüne Klassenzimmer“ zu finden sei.

Herr Wichert merkt an, dass dies darin nicht enthalten ist, da die Gemeinde die Investition nicht durchführt. Eine Spendenquittung wird im Nachhinein ausgestellt.

Bezüglich der Spende für den Anbau des Friedhofs äußert Herr Kohl, dass dies im Investitionsplan enthalten ist.

Laut Herrn Wiechert ist dies im Investitionsplan enthalten, da es sich hierbei um eine Geldspende handelte.

Herr Kohl findet dies nicht in Ordnung, da es nicht im Haushalt der Gemeinde zu finden ist.

Herr Wiechert widerspricht, da die Spende beschlossen ist. Hierzu wird wegen der Form eine Rechnung erstellt. Dies wird dann als Sachspende bilanziert mit dem Hinweis, dass kein Geld fließt und übergibt es als Spende der Gemeinde. Auch gegenüber dem Finanzamt müsse erklärt werden, für welchen Zweck die Sachspende angenommen wird.

Des Weiteren stellt Herr Kohl fest, dass die Summe in Höhe von 200.000 € für die Feuerwehr Breitungen eingeplant ist. Dies war auch schon im letzten Jahr im Haushalt enthalten.

Laut Herrn Wiechert ist dies für die Fertigstellung der Maßnahme

eingepplant.

Herr Schmidt fragt nach, wann die Übergabe des Gebäudes durch die Gemeinde an die Feuerwehr Breitung erfolgen solle. Ein förmlicher Akt gehöre dazu.

Herr Schmidt hätte gern die Fertigstellungsanzeige für den Bau.

Herr Kohl äußert, dass im Haushalt die Summe in Höhe von 72.000 € für die Stellenbewertung angegeben ist. Im vorigen Jahre sei dies auch schon Inhalt des Haushaltes gewesen.

Herr Wichert fügt an, dass die Stellenbewertung im letzten Jahr nicht komplett umgesetzt werden konnte. Die Rechnungslegung ist erst in diesem Jahr erfolgt.

Laut Frau Wöbken wurde die eingeplante Organisationsuntersuchung, betreffend der Kernverwaltung, noch nicht beauftragt. Die Schlussrechnung für die Stellenbewertung erfolge im Jahr 2021.

Herr Schmidt merkt an, dass man keinen Rückblick erhalte.

Eine Diskussion zum „Ansatz“ für das laufende Jahr entsteht.

Frau Wernecke erläutert, dass damit der Soll/Ist Vergleich gemeint sei.

Herr Gaßmann fragt nach der Investition in den „Kita`s“.

Laut Herrn Wiechert ist dies zu einer Gesamtmaßnahme zusammen gefasst z. B. die Blitzschutzanlage, Grundstückskauf für Kita Roßla.

Des Weiteren fragt Herr Gaßmann nach der Heizung in der Kita Bennungen.

Herr Wiechert gibt an, dass dies keine Investition ist.

Herr Schmidt verweist auf die per Mail gestellten Fragen von Herrn Weidner.

Laut Herrn Wiechert wurde dies in einem Gespräch beantwortet.

Herr Wiechert erläutert, dass er mit dem Bürgermeister bei der Kommunalaufsicht des Landkreises war und dort den Entwurf des Haushaltsplanes vorgelegt hat.

Beanstandungen werde es nicht geben aber entsprechende Auflagen. Ein Konsolidierungskonzept sollte Bestandteil bleiben.

Herr Wiechert verweist auf die fehlenden Einnahmen im touristischen Bereich.

Herr Schmidt merkt an, dass die „zusätzlichen Einnahmen“ vom Friedhof und nimmt Bezug auf eine sechsstellige Summe, nicht enthalten sind.

Laut Herrn Wiechert wird dies eine zusätzliche Einnahme auf dem Produktkonto sein.

Herr Rettig fügt an, dass jetzt „alles rund“ sei. Die Kalkulation für die Friedhofsgebühren muss jetzt angeschoben werden.

Aufgrund dessen fragt Frau Wernecke, ob der Ausdruck „alles rund“ alles abgearbeitet heißt.

Herr Rettig bejaht dies, außer die Bescheide, die verjährt sind.

Frau Wernecke stellt Fragen zum Vorbericht, zum Sanierungsgebiet, zum Betriebsgebäude Abwasser Rottleberode, zum Teilergebnisplan und zur Entwicklung des Sanierungskonzeptes.

Herr Wiechert beantwortet Frau Wernecke die Fragen

Weitere Fragen zum Haushaltsplan 2021 liegen nicht vor.

7 Beschlussfassung über den Jahresabschluss zum 31.12.2016 des Kommunalen Eigenbetriebes Südharz

Vorlage: 21-332/2021

Herr Wiechert erläutert, dass über den Jahresabschluss des Kommunalen Eigenbetriebes Südharz mit dem Rechnungsprüfungsamt und dem Wirtschaftsprüfer diskutiert wurde. Entsprechende Unterlagen wurden bereits zur Gemeinderatsitzung am 28.04.2021 übersandt.

Herr Kohl fragt nach dem Absatz 15- Unregelmäßigkeiten in der Rechnungslegung.

Die 2. Prüfungsgesellschaft habe diesen Vermerk auch reingeschrieben und möchte wissen, ob eine Strafe bei Unregelmäßigkeiten droht.

Laut Herrn Wiechert gehört dieser Passus dort hinein und kann nicht geändert werden.

Frau Wernecke bittet um die Abstimmung.

Dies gilt als Empfehlung für den Gemeinderat.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses: 6

davon anwesend: 6

Ja-Stimmen:	Nein-Stimmen:	Enthaltungen:
2	0	4

8 Beschlussfassung über die Behandlung des Jahresfehlbetrages zum 31.12.2016 und des kumulativen Verlustes des Kommunalen Eigenbetriebes Südharz

Vorlage: 21-333/2021

Frau Wernecke bittet um die Abstimmung.

Dies gilt als Empfehlung für den Gemeinderat.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses: 6

davon anwesend: 6

Ja-Stimmen:	Nein-Stimmen:	Enthaltungen:
1	0	5

**9 Beschlussfassung über die Entlastung der Betriebsleitung des Kommunalen Eigenbetriebes Südharz für das Haushaltsjahr 2016
Vorlage: 21-334/2021**

Frau Wernecke bittet um die Abstimmung.

Dies gilt als Empfehlung für den Gemeinderat.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses: 6

davon anwesend: 6

Ja-Stimmen:	Nein-Stimmen:	Enthaltungen:
5	0	1

10 Beschlussfassung der 1. Änderung des Betrauungsaktes für die Standortmarketing Mansfeld-Südharz GmbH

Siehe TOP 2.

Außerplanmäßige Ausgabe

Herr Schmidt stellt den Antrag auf eine außerplanmäßige Ausgabe.

Herr Schmidt verweist auf die nichtöffentliche Gemeinderatssitzung am 14.04.2021. Dort sei darauf hingewiesen worden, dass sich der Gemeinderat von einem Anwaltsbüro entsprechend der Mitteilungen aus dem Akteneinsichtsausschuss beraten lassen hat. Die Notwendigkeit für die Beratung zeige die Friedhofssatzung aus dem Jahr 2014.

Herr Schmidt erläutert, dass am 15.04.2021 ein Schreiben (Abrechnung des Anwalts) von der Anwaltskanzlei, adressiert an den Gemeinderat, bei der Verwaltung der Gemeinde Südharz eingegangen ist. Der Brief sei in der Verwaltung geöffnet worden. Dieser wurde jedoch nicht an den

Vorsitzenden des Gemeinderates bzw. an die Mitglieder des Gemeinderates weitergeleitet. Auch eine Information über den Eingang eines Schreibens von dem Anwalt gab es nicht.

Laut Herrn Schmidt antwortete Herr Rettig am 27.04.2021 auf das Schreiben der Anwaltskanzlei mit dortigem Eingang am 30.04.2021. Das Antwortschreiben wird von Herrn Schmidt vorgelesen. Hierzu wird erwähnt, dass die unbezahlte Rechnung zurückgesandt wurde, da keine Grundlage vorliegt.

Laut Herrn Schmidt handle es sich hierbei um Betrug, man könne Strafanzeige stellen, da das Post- und Fernmeldegeheimnis verletzt wurde. Es liege nicht in der Befugnis, Briefe zu öffnen, die nicht an den Bürgermeister adressiert sind, erst recht nicht darauf zu antworten. Auch den Brief nur mit „Rettig“ und nicht mit der dazugehörigen Dienstbezeichnung (Bürgermeister) zu unterzeichnen sei nicht korrekt.

Herr Rettig weist die Vorwürfe zurück. Das Öffnen des Briefes sei ein Versehen der Poststelle und entschuldigt sich dafür.

Kenntnis von einer Vereinbarung über die Einholung des Rechtsbeistandes habe man nicht. Auch haushaltsrechtlich erfolgte keine Klärung mit der Verwaltung. Momentan befindet sich die Gemeinde noch in der vorläufigen Haushaltsführung. Die Rechnung sei über die Kämmerei gelaufen aber irgendwie in der Verwaltung „durchgerutscht“ und er wird die Vorgehensweise in der Verwaltung nochmal nachverfolgen lassen. Solche Angelegenheiten dürfen nicht an der Verwaltung vorbei ausgelöst werden. Entsprechende Verträge müssen mit der Verwaltung abgestimmt werden.

Herr Schmidt verweist darauf, dass der Gemeinderat der Dienstvorsetze ist und Verträge abgeschlossen werden können.

Herr Lange fügt an, dass Herr Rettig die Vorstellung des Gemeinderates kenne, nicht was die Rechnungslegung betreffe, sondern die Idee der Prüfung fließe aus der Autonomie des Gemeinderates. Es gehe um die rechtliche Betrachtungsweise. Im Namen des Gemeinderates wurde eine Vereinbarung getroffen, sich rechtlichen Beistand zu holen. Das ändere nichts daran, hier im Nachgang einen Titel zu schaffen und er hält es für verfehlt nach Ausreden zu suchen.

Auch Frau Wernecke und Herr Kohl äußern ihren Unmut über die Vorgehensweise des Bürgermeisters.

Herr Wiechert verweist darauf, dass man den vorgegebenen Verfahrensweg hätte gehen können, auch in der vorläufigen Haushaltsführung. Für die rechtliche Unabweisbarkeit hätte eine Begründung vorliegen müssen. Die Kämmerei hätte es abgezeichnet und der Bürgermeister die Freigabe dafür gegeben. Im Anschluss könne dann die Zahlung erfolgen.

Herr Schmidt beabsichtigt den Antrag für die „Außerplanmäßige Ausgabe“

zurückzuziehen und die Kosten selber zu tragen.

Frau Pein bittet um Aufrechterhaltung des Antrages. Der Vorsitzende des Gemeinderates sollte die Kosten dafür nicht privat zahlen.

Die Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses, Frau Wernecke, bittet über den Antrag von Herrn Schmidt zu beschließen.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt die Übernahme der Rechtsanwaltsgebühren aus der Kasse der Gemeinde im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung.

Es erfolgt die Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses: 6

davon anwesend: 6

Ja-Stimmen:	Nein-Stimmen:	Enthaltungen:
5	0	1

Laut Herrn Kohl wird die Gemeinde vorsorglich informiert, dass eventuell noch weitere Rechnungen folgen.

Herr Wiechert verweist darauf, dass entsprechende Unterlagen dazu vorliegen müssen.

11

Informationen

Herr Wiechert informiert:

- am 03.06.2021 wird der Haushaltsplan dem Landkreis in einem persönlichen Gespräch übergeben, zu dem Ergebnis wird entsprechend informiert.
- über das Registermodernisierungsgesetz. Mit der Verwendung einer Identifikationsnummer kann durch das Registermodernisierungsgesetz die Steuer ID als Registrierung in der öffentlichen Verwaltung benutzt werden.
- die Schlüsselzuweisungen vom Land für den Monat Dezember eingegangen sind
- der Städte- und Gemeindebund ein Positionspapier erstellt hat

(Rettungsschirm für die Bauwirtschaft) der Umkehrschluss dazu, dass die Gemeinden investieren können

Weitere Informationen liegen nicht vor.

12 Anfragen und Anregungen

Herr Schmidt verweist darauf, dass die OBM noch keine Information zu den gebildeten Wahlvorständen bekommen haben. Am 25.03.2021 sei der Wahlvorstand für Hainrode gebildet worden und fragt nach, wann die Information erfolgt wäre, wenn er hierzu nicht nachgefragt hätte. Man könne den Einwohnern keine Auskunft geben, die gern als Wahlhelfer tätig gewesen wären, die Außenwirkung sei fatal.

Frau Wöbken gibt an, dass es leider zu Verzögerungen gekommen sei und ein Kommunikationsproblem vorliegt und entschuldigt sich dafür.

Laut Herrn Schmidt kann man sich hierfür nicht entschuldigen, sondern man müsse die Einwohner um Entschuldigung bitten.

Herr Wiechert fügt an, dass die Prüfung der Wahlvorstände noch nicht abgeschlossen ist. Am 27.04.2021 wurden zwei Personen als Ersatzbeisitzer berufen.

Herr Norbert Volkmandt bittet um Überprüfung bezüglich der Höherstufung der Entschädigung der Ortsfeuerwehr Wickerode, die jetzt 3 Wehren betreut. Hierzu sei ein Brief der Gemeindewehrleitung am 14.04.2021 an die Gemeinde Südharz gegangen.

Des Weiteren fragt Herr Norbert Volkmandt nach der Friedhofsangelegenheit. Die Angehörigen erhalten Briefe, die eine fehlerhafte Darstellung aufweisen und möchte wissen, ob der Mitarbeiter, der dies bisher bearbeitet hat, dafür noch zuständig ist.

Laut Frau Wöbken erfolgt die Aufarbeitung mit anderen Bearbeitern, jedoch unterstützt der bisherige Mitarbeiter dies noch.

Herr Norbert Volkmandt fügt an, dass der Gemeinderat dies unterbinden müsse.

Bescheide werden verkehrt dargestellt. Es wurden Mahnungen verschickt, wo im Vorfeld gar keine Rechnung versandt wurde.

Herr Schmidt stellt bezüglich der Gebühren Fragen an den Bürgermeister und verliert einen Bescheid. Laut Herrn Schmidt sind unzählige Bescheide falsch. Es müsse die absolute Kontrolle aller Fakten erfolgen. Die Ortsbürgermeister und Gemeinderäte werden ständig darauf angesprochen.

Herr Lange informiert über eine Veranstaltung der AfD in Breitungen. Die

Landrätin und auch die Gemeinde wurde darüber entsprechend informiert. Aufgrund Frau Brauner ihrer Äußerung zu der Veranstaltung möchte Herr Lange dringend warnen, die politische Neutralität sollte gewahrt bleiben und warnt vor solchen Formulierungen.

Frau Wernecke bedankt sich bei allen Anwesenden und beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um 20.14 Uhr.

Yvonne Wernecke
Vorsitzende des
Haupt- und Finanzausschusses

Mandy Peschek
Protokollantin